

# RS OGH 1982/4/21 6Ob548/81

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 21.04.1982

## Norm

ABGB §364 A

ABGB §364 C

ABGB §364a

BStG §7 Abs2

BStG §28 Abs1

## Rechtssatz

Die durch den öffentlichen Verkehr auf einer Bundesstraße auf Nachbarliegenschaften entstehenden Schäden haben ihre Wurzeln nicht in der Verfügungsmacht des Grundeigentümers, sondern in der Erklärung der Straße als Bundesstraße durch den Gesetzgeber in Form der Aufnahme in das Bundesstraßenverzeichnis. Der das Nachbarrecht des ABGB beherrschende Gedanke, daß zwischen zwei gleichberechtigten Grundeigentümern der tätig werdende dem dadurch zu Schaden kommenden Nachbarn ausgleichsverpflichtet ist, läßt sich auf eine öffentlich-rechtliche Tätigkeit nicht anwenden. Der Bund hat weder als Eigentümer noch als Träger der Straßenbaulast einen privatrechtlichen Einfluß auf die Benützung der Bundesstraßen. Damit scheidet aber ein Anspruch auf Ersatz von Immissionsschäden nach den §§ 364 ff ABGB aus.

## Entscheidungstexte

- 6 Ob 548/81  
Entscheidungstext OGH 21.04.1982 6 Ob 548/81  
EvBl 1982/152 S 493 = SZ 55/55

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:1982:RS0010843

## Dokumentnummer

JJR\_19820421\_OGH0002\_0060OB00548\_8100000\_003

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>